

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Medienfragen

Hannover, den 7. Juli 1999

Jugendmedienschutz verstärken, Pornographie im Internet bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU – Drs. 14/227

Der Ausschuss für Medienfragen empfiehlt dem Landtag, den Antrag in folgender Fassung anzunehmen:

„Entschließung

Jugendmedienschutz verstärken, Pornografie im Internet bekämpfen

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,
 - die erfolgreiche Arbeit der länderübergreifenden Stelle „jugendschutz.net“ durch eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung zu sichern,
 - auf eine Verstärkung der Beratungspflicht der Jugendschutzbeauftragten und der freiwilligen Selbstkontrolle der Diensteanbieter hinzuwirken,
 - die Entwicklung einer wirkungsvollen Jugendschutzsoftware zu unterstützen, die von einer staatlichen Stelle zugelassen und für den Nutzer unentgeltlich zu beziehen sein sollte.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich für folgende Maßnahmen gegen den Missbrauch von Datennetzen einzusetzen:
 - Diensteanbieter zu verpflichten, allgemein zugängliche Abrufdienste für eine zugelassene Jugendschutzsoftware einem Rating-Verfahren zu unterwerfen, d. h. eine Einordnung zu treffen, ob ein Angebot als jugendbeeinträchtigend eingestuft werden soll und sich hierbei der Unterstützung der Jugendschutzbeauftragten der Diensteanbieter bzw. der Freiwilligen Selbstkontrollereinrichtung zu bedienen;
 - eine europaweite Kooperation im Bereich der neuen Medien zu schaffen, die unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips Mindeststandards im Bereich Jugendschutz vorsieht.
3. Der Landtag begrüßt
 - die Einrichtung der zentralen Stelle „jugendschutz.net“ für die anlassunabhängige Recherche nach jugendgefährdenden Inhalten;
 - dass das Bundeskriminalamt als Zentralstelle anlassunabhängige Recherchen nach strafbaren Inhalten im Internet, insbesondere nach kinderpornografischen Angeboten vornimmt;
 - dass im Landeskriminalamt die sogenannte deliktsübergreifende Datenverarbeitungs(DV)-Gruppe vorgehalten wird und dass darüber hinaus durch eine verstärkte Aufgabendezentralisierung die Rahmenbedingungen für eine wirkungsvolle Verfolgung von Verstößen durch die niedersächsischen Polizeidienststellen weiter verbessert werden sollen;

- dass die Bezirksregierung Weser-Ems als zuständige Aufsichtsbehörde in Niedersachsen ein Informationsangebot im Internet bereithält, über das Beschwerden direkt per e-mail an die zuständige Stelle übermittelt werden können;
- dass bereits in vielen Schulen sowohl fächerübergreifend wie auch im Rahmen einzelner Unterrichtsfächer Medienkompetenz vermittelt wird und insbesondere die 30 Pilotschulen im Rahmen der Multimedia-Initiative den Auftrag erhielten, Konzepte im Umgang mit und über Medien zu entwickeln und zu erproben, wobei stets auch Standards für den ethisch verantwortlichen Umgang mit den Medien vermittelt werden;
- dass für das EXPO-Schulprojekt „Welche Schule braucht die Zukunft unserer Welt?“ die Nutzung elektronischer Medien für die nationale und internationale Kommunikation als wichtiger Baustein der Schulentwicklungsarbeit konzipiert wurde.“

Gansäuer
Vorsitzender